

SPD-Bayern Islamkonferenz an

kündigt



Der islamophile Münchner Oberbürgermeister und Ministerpräsident-Kandidat Ude (*links*) kündigte an, im Falle eines Wahlsiegs bei der bayerischen Landtagswahl unverzüglich eine Islamkonferenz anzuberaumen. Dahinter steckt ganz offensichtlich das Ausrollen des roten Teppichs für die Kolonisten Mohammedaner: Keine Spur von Islamkritik, sondern toleranzbesoffene „Willkommenskultur“, volles „Verständnis für die Anliegen der Moslems“ und das Einsetzen für ein Asylanten-Bleiberecht, wie die [Junge Freiheit berichtet](#). Hochnotwendige Sicherheitsaspekte sollen nach dem Willen der bayerischen Sozis hingegen eher weniger auf der Tagesordnung stehen. Der Integrationsberater des dunkelroten Ude heißt übrigens Mahmoud Al-Khatib (*neben Ude*), der als libanesischer Asylbewerber nach Deutschland kam.

(Von Michael Stürzenberger)

Dieser Al-Khatib behauptet übrigens, dass zu seiner Familie in einer Ausländerbehörde [folgendes gesagt](#) worden sei:

„Ihr Pack gehört abgeschoben, ihr gehört in den Ofen.“

Realität oder blühende Phantasie? Welcher Beamte soll so etwas Unglaubliches gesagt haben? Von einem Verfahren ist nichts zu lesen. So eine Aussage schürt jedenfalls die Nazi-Hysterie und verleiht dem Forderungskatalog Al-Khatibs für Asylanten Nachdruck :

Al-Khatib forderte die Aufhebung des Arbeitsverbots, das für Asylbewerber in den ersten Monaten gilt, die Abschaffung der Pflichtunterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft, und die Abschaffung der Essenspakete. Das in Bayern geltende Sachleistungsprinzip, demzufolge Asylbewerber für Lebensmittel kein Geld erhalten, sondern Lebensmittelpakete, sei ohnehin zu teuer. „Bayern hat mit Abstand die höchsten Ausgaben pro Kopf“, sagte Al-Khatib. Außerdem plädierte der neue SPD-Integrationsexperte dafür, allen Zuwanderern einschließlich der Asylbewerber vom ersten Tag in Deutschland an Sprachkurse anzubieten.

Im öffentlichen Dienst sollten seiner Meinung nach zudem mehr Einwanderer eingestellt werden. „Sie finden kaum Migranten im öffentlichen Dienst. Das führt dazu, dass viele Migranten Angst haben vor Behörden.“ Die bisher auf mehrere Ministerien verteilte Zuständigkeit für die Integration solle in einem Ressort gebündelt werden.

Das dürfte de facto Migrantenquoten und Absenkung der Qualifikationshürden bedeuten. Der SPD-Mann Sarrazin wusste wohl mit Blick auf die Politik seiner Partei, warum er das Buch „Deutschland schafft sich ab“ schrieb. Die bayerische Bevölkerung hält von solch abstrusen Plänen ganz offensichtlich wenig, denn die Umfragewerte der Sozis sackten jetzt noch weiter auf 18% herab. Die SPD arbeitet an ihrem eigenen Untergang, und das haben die roten Socken auch redlich verdient. Morgen berichten wir von dem unterirdischen Auftritt eines SPD-Bundestagskandidaten bei einem Infostand der

FREIHEIT in München-Schwabing.

Hier kann man der bayerischen SPD seine Meinung zu deren Islam-, Asylanten- und Migrantpolitik mitteilen:

» info@bayernspd.de

„Hastese noch alle, mich zu filmen?“



Eine Woche vor der Landtagswahl in Niedersachsen bekommen die Plakatierer der FREIHEIT mehr und mehr den Gegenwind der Linken zu spüren. Aktuelles Beispiel ist der hier abgebildete sympathische junge Mann aus Lüneburg, der keiner Fliege etwas zuleide tun könnte (siehe Video am Ende dieses Beitrags).

[DIE FREIHEIT Niedersachsen](#) schreibt:

Mit Erschrecken mussten wir (wieder einmal) erleben, wie links doch unser schönes Lüneburg geworden ist. Direkt Am Sande, im Herzen der Stadt, ist der linke Pöbel zuhause. Es ist schon verwunderlich, mit welcher Aggression und Hass diese "Menschen" auf uns losgegangen sind. Schubsen, anschreien und Prügel androhen, das können sie, aber

Argumente bringen ist so nicht deren Ding. Zumindest ein Plakat haben wir dann doch direkt vor der IHK platzieren können.

Hier das Video:

P.S.: Der Kameramann hat einen Schlag abbekommen, ist aber wohlauf und hat sich von der Roten SA nicht vertreiben lassen...

Was hat ein CDU-Politiker mit MI6-Firma zu tun?



Der CDU-

Bundestagsabgeordnete Michael Fuchs ist schon durch seine Tätigkeit für die sogenannte [Baku-Connection](#) aufgefallen. Nun gerät der Politiker dank [abgeordnetenwatch.de](#) erneut ins Licht der Öffentlichkeit.

(Von Étienne Noir)

Michael Fuchs hat angeblich seit 2008 Vorträge für die gegenüber der Öffentlichkeit sehr scheuen Firma „Hakluyt & Company“ (H&C) mit Sitz in London gehalten. Dafür soll er teilweise pro Vortrag mehr als 7.000 Euro erhalten haben. Laut

abgeordnetenwatch.de wurden diese Gelder gegenüber der Bundestagsverwaltung nicht korrekt angezeigt. Der Name der Firma wurde über Jahre verschleiert. Die Firma wurde von MI6-Agenten gegründet und ist „irgendwo zwischen Wirtschaftsdetektei und Privatgeheimdienst“ ([STERN](#)) aktiv. Über was Fuchs dort Vorträge hielt, kann er selbst nicht mehr sagen. Generell gibt sich der Politiker eher wortkarg, weist alle Vorwürfe zurück und spricht von Missverständnissen in der Bundestagsverwaltung. Hier habe es Kommunikationsprobleme zwischen seinem Büro und der Verwaltung gegeben.

„Warum buchte eine Detektei über mehr als vier Jahre den einflussreichen Fraktionsvize einer Regierungspartei?“ Diese Frage stellt abgeordnetenwatch.de zu Recht. Seit 2008 soll der Abgeordnete mindestens 57.000 Euro für 13 Vorträge, die keiner benennen kann oder will, kassiert haben. Es besteht der Verdacht, dass gar keine Vorträge gehalten wurden; das Geld also aus anderen Gründen floss. Zumindest Ex-BDI-Chef Hans-Peter Keitel, Beirat in dieser dubiosen Firma, will gar nichts von den Reden seines guten Bekannten Michael Fuchs mitbekommen haben. Weiter berichtet abgeordnetenwatch.de, dass diese Firma nicht die erste war, die „Volksvertreter“ Fuchs nicht oder nicht korrekt meldete:

Der Fall „Hakluyt & Company“ ist nur die jüngste Eskapade im Zusammenhang mit seinen Nebentätigkeiten. 2009 wurde bekannt, dass der CDU-Politiker seinen Beiratsposten für die Politberatungsfirma PKS verheimlicht hatte. Im Februar 2012 enthüllte abgeordnetenwatch.de, dass Fuchs jahrelang seinen Vorstandsposten bei der Deutschen Außenhandelskammer in Hongkong nicht gemeldet und damit erneut gegen die Transparenzregeln des Bundestags verstoßen hatte. Auch seine Beiratstätigkeiten im Lobbyverein „Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e. V.“ sowie im Interessenverband der deutschen Familienunternehmen „ASU“ unterschlug Fuchs gegenüber der Bundestagsverwaltung und meldete diese erst nach, als ein Bürger via abgeordnetenwatch.de in zwei Mails

kritisch nachfragte.

In jedem Falle bleibt ein sehr schaler Beigeschmack über die nebulösen Tätigkeiten des Abgeordneten Michael Fuchs. Tätigkeiten werden nicht angezeigt. Geldquellen werden falsch angegeben. Vorträge werden gehalten, an die sich keiner mehr zu erinnern vermag und öffentlichkeitsscheue Firmen unter MI6 Rigide buchen hochrangige Regierungsvertreter.

Schariakonforme Apotheken-App der ABDA

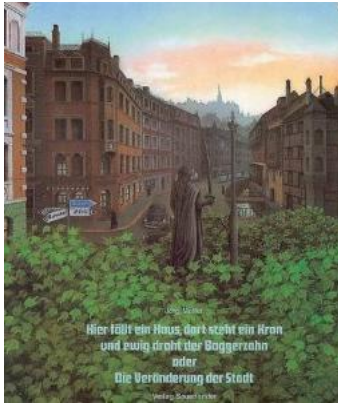
22833 Apothekenfinder
Ein Service der ABDA



Die [Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände](#) (ABDA) bietet seit Ende Dezember eine aktualisierte Version ihrer „Apotheken App“ an, die eine ortsbezogene Suche der rund 21.000 deutschen Apotheken erleichtern soll. Doch wer sich die App installiert, erhält zur Zeit als Aufmacher eine Apothekerin mit Kopftuch. PI-Leser Gero W. schreibt uns dazu: *„Dieses Bild präsentierte mir heute mein Smartphone, als ich die neu geladene Apotheken App öffnete. Was soll mir das sagen? Will man mich schonmal auf die Zukunft Deutschlands eintakten?“*

» Kontakt: pressestelle@abda.aponet.de

„Die Veränderung der Stadt“



So hieß eine Bilderreihe, die 1976 erschien. Sie war für mich damals eine dramatische, visuelle Bestätigung einer Bau-„Ideologie“, die im Nachkriegsdeutschland zu einer Entmenschlichung der Stadtbereiche führte. Eindrucksvoll malte der Autor Jörg Müller die Entwicklung der städtischen Lebensbereiche im immer gleichen Bildabschnitt so, wie sie sich in vielen Städten (des Westens und Nordens) vollzog.

(Von westzipfler, PI-Köln)

Zugegeben, mit einer grün-ökologisch hinterlegten Indoktrinationsabsicht, weil es im Grunde ja gegen „den“ Fortschritt gerichtet war und er der städtebaulichen Idylle der fünfziger Jahre nachtrauerte (was man ja aus heutiger Sicht irgendwie nachvollziehen kann). Im Stil der bekannten „Wimmelbilder“ von Ali Mitgutsch führt der Autor und Zeichner Müller dem Betrachter vor, dass durch den Einsatz der modernen Verkehrsmittel das urbane Leben, das sich am Anfang der Serie in vielen liebevoll gestalteten Einzelszenen auf den Straßen abspielt, verdrängt wird.

Eine ähnliche Bildserie war schon 1973 erschienen, die unter dem Titel „Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder“ mit der gleichen Maltechnik einen Landschaftsausschnitt darstellte, der ebenfalls von der modernen Infrastruktur

„verbraucht“ wurde.

Beiden Werken ist gemein, dass sie eine Anklage gegen die Wandlung unseres Lebensumfeldes in eine entmenschlichte Umgebung sein soll, eine Art visuelle Beweissicherung gegen den bedingungslosen „Raubbau“ der Natur und der Stadt, um moderne Verkehrs- und Produktionsanlagen zu schaffen.

Wer je in westlichen Großstädten die Bausünden der 60er- und 70er-Jahre erleben durfte, weiß, dass der Autor in bester Absicht versuchte, Großprojekte kritisch zu hinterfragen und nach dem Sinn des „Immer weiter, immer Größer, immer schneller“ suchte. In Köln teilt zum Beispiel die Nord-Süd-Fahrt alte gewachsene Innenstadtgebiete, in Düsseldorf verschandelt eine Hochautobahn die Innenstadt und der geneigte Leser kennt sicher viele weitere Beispiele für „Gut gemeint, schlecht gemacht“-Architektur und -Infrastruktur aus jener Zeit, unter denen die Bürger optisch, akustisch, ästhetisch und emissionstechnisch noch heute zu leiden haben.

Diese beiden Bilderbücher wurden seit jeher als Sekundärliteratur in allen möglichen Unterrichten der Grund- und weiterführenden Schulen eingesetzt, ganze Schüलगenerationen wurden mit diesen beiden Büchern konfrontiert. Die 68er-Lehrer, die sich dieser eindrucksvollen Darstellungen bemächtigten, erreichten, gepaart mit ihrer technik- und fortschrittsfeindlichen Einstellung, dass bei tausenden Schülern, denen sie damit suggerierten, dass Bauen und Erneuern schlecht sei, eine Grundabneigung gegen Großprojekte, Städtebau und Infrastrukturmaßnahmen. In der Folge wurde dies bei den erbitterten Aktionen gegen Projekte wie Startbahn West, Brokdorf, Autobahnneubauten, Bahnlinienneubauten, Hafenneubauten und Industrieansiedlungen deutlich. Heerscharen von Jugendlichen, Alt-68ern und Gutmenschen prügeln sich mit der Polizei und den Ordnungskräften, um ihr vermeintliches Recht bis heute durchzusetzen, dass alles so bleiben soll, wie es ist! Selbst heute gibt es sogenannte Bürgerinitiativen, in denen

egoistische Gründe einiger wohlhabender Immobilienbesitzer zum Anlass genommen werden, Unterstützer aus der „Es soll so bleiben wie es ist“-Fraktion zu „Wutbürgern“ zu machen.

Witziger weise finden sich bei solchen Aktionen auch immer Menschen, die einst den monetären Vorteil der Nachbarschaft von bestehenden Großprojekten nutzten, um billiges Bauland oder Immobilien zu erwerben, die nun vehement gegen eben genau diese Projekte demonstrieren, und sich bis zum zivilen Ungehorsam echauffieren, ja sogar vor Gewalt gegen Menschen und Eigentum mit Sabotage und Morddrohungen nicht zurückschrecken.

Grundsätzlich gibt es gegen die Einstellung, „es soll so bleiben wie es ist“ nichts einzuwenden und vieles, was projiziert und als Antrag den Kommunen, Kreisen und Ländern vorgelegt wird, kommt ja auch bereits in der Genehmigungsphase nicht durch, sei es durch mangelnde Berücksichtigung des Naturschutzes, der Emissionen oder ganz allgemeiner Gesundheitsgefahren, die hier entstehen könnten.

Generell kann man aber feststellen, dass Projekte, die „irgendwie“ ökologisch, erneuerbar oder sonst in einen gutmenschlichen Zusammenhang gebracht werden können, diese Schwellen mühelos überschreiten. Wenn es aber um die Ansiedlung neuer Produktionsstandorte, Firmenerweiterungen, Neubau von Gewerbegebieten in Autobahnnähe oder der Innenstadt geht, da werden selbst so skurrile Begründungen wie Hamster, Fledermaus, Juchtenkäfer, Windzonen als Abluftbereiche, Schattenwurf, optische Beeinträchtigung herbeigezerrt, um gerichtlich den „worst case“, die Einschränkung der eigenen Befindlichkeit und seine Technophobie zu befriedigen.

Was bitte schön, soll neben der hier immer wieder diskutierten (und dies teilweise auf hohem wissenschaftlichen Niveau) Energiewende, die sich als Kostenumlage für uns alle entwickelt, an diesen „Grünen Energieanlagen“ so vorteilhaft sein, dass man diese bedenkenlos überall in unserer schönen

Landschaft und Städten hinrotzt? (Müller hätte sich damals bei seinen Landschaftsbildern nie träumen lassen, dass er zwanzig Windkraftquirle auf sein letztes Bild malen müsste).

Ich will hier gar nicht auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieser grünen „Leuchtturmprojekte“ eingehen, dazu fehlt mir der physikalisch-technische Hintergrund und der kaufmännische Clou, der dies alles möglich werden ließ. Vielmehr ist es eindeutig, dass alles, was in den Augen der Links-Grün-Schwarzen-Meinungshoheit Gnade und Genehmigungen findet, nicht zukunftsorientiert ist, sondern konservatorisch betrachtet werden muss.

Arbeitsplätze? Sind schon in den bestehenden Betrieben da, keine Erweiterung notwendig!

Straßen? Gibt es genug, kein Ausbau, lieber Radwege (Ja, selbst „Fernradwege“ werden derzeit in NRW geplant)!

Brücken? Stehen doch schon rum, wenn die kaputt gehen, sind eben die Autos schuld, keine neuen!

Kraftwerke? Ihh, baah, gibt es eh zu viele, zu riskant, wir haben Windmühlen und Biomasse, Solardächer und Elektroautos, bloß nix Neues hier!

Forschungsförderung? Wir haben doch schon soo viele Unis, die müssen doch nur die richtigen Fächer lehren, dafür braucht man doch nur die Bibliotheken umräumen!

Häfen, Flughäfen und Bahnhöfe? Wozu neue, es klappt doch mit den alten und wir werden eh immer weniger und älter, das ist nicht mehr nötig!

Das Leben für unsere Gutmenschen scheint in der Tat recht angenehm und idyllisch zu sein, der Strom für die Körnermühle kommt aus der Steckdose, der Zug in die Stadt kommt halbwegs pünktlich, das Häuschen wurde geschickt in der Vorstadt gewählt, so dass man alles mit dem Fahrrad oder fußläufig erreichen kann.

Das Umfeld funktioniert bestens, wozu also bauen, erweitern oder gar planen?

Das sind die Gegebenheiten, die, wie ich glaube, dazu führen,

die Technophobie unserer Gutmenschen und Entscheidungsträger maßgeblich beeinflussen! Ihnen ist wirklich nicht bewusst, dass all die Errungenschaften, die sie so selbstverständlich täglich in Anspruch nehmen, das Produkt der Ideen, der Planung und der Arbeit der vorherigen Generationen sind!

Heerscharen von Arbeitern, Ingenieuren, Investoren und Bürgern haben vor langer Zeit die Weichen dafür gestellt, dass wir all das, was heute für uns selbstverständlich erscheint, haben und nutzen.

Das einzig Beständige in unserer Welt ist aber der Wandel! Märkte verändern sich, Menschen verändern sich und Ansprüche verändern sich!

Meine Erklärung für den infrastrukturellen Konservatismus ist die ideologische Scheuklappe, die man als Kind eben auch mit Bildertafeln von Jörg Müller in der Schule angelegt bekommen hat.

Gepaart mit einem Wohlstand, den keine Generation vor uns so erleben durfte, entwickelte sich eine Borniertheit, die weltweit ihresgleichen sucht!

Das Schizophrene ist aber, dass es, wenn es um gesellschaftliche Veränderungen geht, die gleiche Klientel genau 180 Grad diametral entgegengesetzt argumentiert! Multi-Kulti ist toll, neue Denkweisen, neue Gebräuche und Umgangsformen innerhalb unserer Gesellschaft sind bereichernd. Weihnachten und Ostern sind spießig, Ramadan und Zuckerfest sind viel schöner! Kirchen und Klöster sollen umgewidmet werden, Moscheen sind viel aktueller!

Ironischerweise verschwinden gerade im Moment die letzten idyllischen Einzelhändler unserer Innenstädte, die am Anfang der oben erwähnten Bildertafeln noch den Charme ausmachten. Sie müssen billigen Ein-Euro-Shops weichen, werden von gesichtslosen Ladenketten übernommen, haben keine Chance gegen Handy, Teppich und Textilgeschäfte, deren Waren aus aller Herren Länder CO2 behaftet importiert wurden, um hier eine

Lebensdauer beim Verbraucher von maximal einem Jahr entgegen zu sehen. Die Bewohner der Trabantenstädte leben in einem eigenen Universum, gesteuert über Satellitenschüsseln aus fernen Ländern. Sie fahren ökologisch völlig unkorrekte alte Benzinstinker, die teilweise dem TÜV jahrelang erfolgreich vorenthalten werden, verbrauchen elektrische Energie für veraltete Haushaltsgeräte und Fernseher, die Tag und Nacht laufen. Hier würde eine polit-korrekte Aufklärung zu einer massiven Ressourcenschonung beitragen, statt Lieschen Müller per Fernseh-Tipp zum zehnten Mal zu erklären, dass eine Absenkung der Heiztemperatur im Schlafzimmer auf minus 20 Grad zu einer Kosteneinsparung von 2 Euro im Monat und dem Äquivalent eines indischen Elefanten an reduzierter CO2 Einsparung entspricht.

Hier sitzt sie, die Schere im Kopf unserer Gutmenschen, die, multipliziert durch unsere GEZ- oder neuerdings Demokratieabgabe-Medien, täglich weiter geöffnet wird. Auf der einen Seite trauert man der guten alten, idyllischen kleinformatigen Zeit nach, ohne Großprojekte und Industrie, wo aber die Menschen mit deutlich weniger Wohlstand und Sicherheit auskommen mussten. Auf der anderen Seite hofiert man ein Einwanderungsexperiment, das sich von vorneherein als aussichtslos erweist, weil die Probanden beratungsresistent sind und noch nie mit Selbstverantwortung, gesellschaftlicher Mitverantwortung oder Solidarität und Ökologie in Berührung gekommen sind.

Diese Schere im Kopf hat garantiert das Potential, wissenschaftlich untersucht zu werden. Nachfolgende Generationen werden hier, ähnlich wie die aktuelle Forschung zum Entstehen des dritten Reiches, ein umfassendes und unerschöpfliches Potential finden – in einem nachindustriellen und ent-islamisierten Zeitalter!

Neues Condell-Video: „Patronizing Palestinians“



Pat Condells neues Video „Patronizing Palestinians“ spricht die bevormundende Haltung des Westens an, wenn es darum geht, die Aktionen der Palästinenser zu rechtfertigen. Die Palästinenser werden von westlicher Politik wie Opfer behandelt, die unfähig seien ihre eigenen Handlungen zu kontrollieren. Hamas feuert hunderte Raketen nach Israel über Jahre hinweg und scheinbar waren das keine Meldungen in den westlichen Nachrichten wert.

Sobald sich Israel allerdings dazu entscheidet, mit Präzisionsschlägen zurückzuschlagen, um die Verantwortlichen zu erledigen, hyperventilieren die westlichen Medien regelrecht und tadeln die „israelische Aggression“. Pat Condell stellt den doppelten moralischen Standard sehr dezidiert heraus und kritisiert, dass die Palästinenser von unseren Medien immer als unschuldige Opfer hingestellt werden. Der Westen kann nicht die Augen vor den wahren Gründen des Nahost-Konflikts verschließen. Er kann nicht wegschauen und weghören und sagen, dass es hier um „Freiheit für Palästina“ gehe oder um mehr „Souveränität für eine Minderheit“. Es geht um die Vernichtung Israels und um die Vernichtung aller Juden. Hören Sie sich an, was Condell dazu zu sagen hat – eine offensichtliche, aber allzuseiten ausgesprochene Wahrheit:

Bischöfe: Grüne und Katholizismus unvereinbar



Paukenschlag aus

München! Wer der Katholischen Kirche in Deutschland nachsagt, politisch korrekt zu sein und insbesondere den Münchener Kardinal-Erzbischof Reinhard Marx (Foto l.) als Verkörperung des medien- und obrigkeitshörigen Beamten-Bischofs ausmachte, dürfte an einem der nächsten Sonntage eine positive Überraschung erleben. Veranlasst durch wiederholte Nachfragen der Seelsorger, wie den kirchlichen Aktivitäten offener Anhänger und Funktionäre der Grünen pastoral und disziplinarisch zu begegnen sei, bereiten die Bayerischen Bischöfe derzeit ein Zeugnis vor, das den Staats-Bischöfen der BRD in dieser Deutlichkeit und Wahrhaftigkeit wohl kaum noch jemand zugetraut hätte. PI wurde der Entwurf dieses brisanten Dokumentes zugespielt. Wir dürfen uns auf die Empörung der Münchener Prantl-Prawda freuen.

Die „Grünen“ und die Seelsorge – Pastorale Anweisungen für den Klerus

Die Grünen vertreten in ihrem kulturpolitischen Programm Irrlehren, weil dieses wesentliche Lehrpunkte des katholischen Glaubens ablehnt oder doch schief auffasst und weil die Grünen nach der Erklärung ihrer Führer eine neue Weltanschauung an die Stelle des christlichen Glaubens setzen wollen. Es liegt uns ferne, uns mit den staatspolitischen Zielen der Grünen zu befassen; wir fragen uns nur, was für eine Stellung sie zum katholischen Christentum einnehmen.

Führende Vertreter der Grünen stellen ihre ökoerotisch-panhumanistische All-Einheits-Ideologie höher als die Religion. Sie lehnen die Offenbarungen des Alten Testaments und sogar das mosaische Zehngebot als „patriarchalisch“ und „homophob“ ab. Sie lassen den Primat des Papstes in Rom nicht gelten, weil er sich außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses befinde, und spielen mit dem Gedanken einer dogmenlosen deutschen Staatskirche. Im Programm der Grünen soll das ewig gültige christliche Sittengesetz an dem Moralgefühl des autonomen Subjekts nachgeprüft werden.

Auffassungen vom Recht der Revolution, die von Erfolg begleitet wird, und vom Vorrecht der revolutionären politischen Macht vor dem Naturrecht, stehen im Widerspruch mit der christlichen Gesellschaftslehre. Aus bisherigen Kundgebungen der Partei oder der Parteiführer lässt sich feststellen: Was die Grünen gelegentlich Christentum nennen, ist nicht mehr das Christentum Christi. Die Bischöfe müssen also als Wächter der kirchlichen Glaubens- und Sittenlehre vor den Grünen warnen, solange und soweit sie kulturpolitische Auffassungen kundgeben, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind.

Dem katholischen Geistlichen ist es streng verboten, an der grünen Bewegung in irgendeiner Form mitzuarbeiten. Dem katholischen Geistlichen, der kraft seiner theologischen Bildung Dogma und Irrlehre zu unterscheiden fähig ist, können die christentumsfeindlichen und kirchenfeindlichen Grundsätze und Tatsachen dieser Bewegung nicht unbekannt sein, wie die Ablehnung „demokratiefreier Räume“ in der Gesellschaft, die Forderung nach zwangsstaatlicher Frühsexualisierung unschuldiger Kinder, der Radikalismus islamophiler Selbstaufgabe, der Widerstand gegen den Schutz des keimenden Lebens. Ein schuldlos irriges Gewissen kann beim Priester nicht angenommen werden.

Aus dem gleichen Grunde hat der Seelsorger die Pflicht, in ruhig sachlichem Ton das Volk darüber aufzuklären, dass die

Grünen, von Haus aus eine gegen die lebensfeindlichen Kräfte der technisch-industriellen Zivilisation gerichtete Bewegung, im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr auf das kulturpolitische Gebiet abschwenkten und dabei in eine Kulturkampfstellung gegen die Kirche und ihre Bischöfe gerieten. In der führenden Presse dieser Partei wurden gegen katholische Kundgebungen, sogar gegen den Aufruf des Heiligen Vaters zur Achtung der „Ökologie des Menschen“ Töne angeschlagen, die jegliche Sachkenntnis in religionswissenschaftlichen Fragen und jegliche Ehrfurcht vermissen lassen.

Die Teilnahme von Grünen an gottesdienstlichen Veranstaltungen in geschlossener Formation mit Parolen und Plakaten ist und bleibt verboten, weil eine solche Kirchenparade das Volk auf den Gedanken bringen müsste, die Kirche habe sich mit den Grünen abgefunden. Wenn der einzelne Grüne als solcher erkennbar in der Kirche erscheint, kann das nur dann unbeanstandet bleiben, wenn dabei in keiner Weise eine Demonstration beabsichtigt wird und eine Störung der hl. Handlung in keiner Weise zu fürchten ist.

Zu der Frage, ob ein Grüner zu den hl. Sakramenten der Buße und des Altars zugelassen werden kann, ist von Fall zu Fall zu prüfen, ob der Betreffende nur ein Mitläufer der Bewegung ist, der über die religiösen und kulturpolitischen Ziele der Bewegung sich keine Rechenschaft gibt, oder ob er als Abgeordneter, als Schriftleiter, als Agent für die gesamten Ziele seiner Partei sich einsetzt, also auch für jene Punkte, die mit dem Wesen des Christentums und mit der Glaubenslehre der Kirche nicht in Einklang stehen.

Unter den Massen, die bei der letzten Wahl grün gewählt haben, gibt es ohne Zweifel eine große Zahl, die nur die ökologischen Ziele der Grünen (Wahrung der Schöpfung) oder die volkswirtschaftlichen Ziele (Besserung der wirtschaftlichen Lage der Dritten Welt) mitmachen, dagegen die kulturpolitischen Gegensätze gegen Christentum und Kirche gar

nicht kennen oder wenigstens für ihre Person nicht wollen und so subjektiv in gutem Glauben leben. In solchen Fällen muss der Beichtvater sich ein Urteil bilden, ob die Zugehörigkeit zu den Grünen eine nächste Gelegenheit zur Sünde bedeutet oder nicht. Wieweit für den Beichtvater eine Frage- und Belehrungspflicht vorliegt, ergibt sich aus den allgemeinen Regeln der Pastoral.

Die pastoralen Grundsätze gegenüber den Grünen bleiben die gleichen, die auch gegenüber anderen Formen des politischen Extremismus in den letzten Jahrzehnten von berufener Seite aufgestellt wurden. Auch unter den Anhängern dieser Irrlehren gab und gibt es solche, die persönlich an ihrem Firmungsgelöbnis nicht rütteln und an ihrer Kirche nicht zu Verrätern werden wollen. Bei der Frage, ob im Einzelfall ein Grüner, der ohne die heiligen Sakramente plötzlich starb, das kirchliche Begräbnis erhalten kann, ist nach dem Gesagten die Vorfrage zu stellen, ob der Betreffende am kirchlichen Leben sich beteiligte, seine Osterpflicht erfüllte und überhaupt in Frieden mit der Kirche lebte.

Sollten sich, was wir nicht hoffen, die Grünen zu Methoden des zwangsstaatlichen Despotismus zur Veränderung der Gesellschaft und Manipulationen der Natur des Menschen versteigen, dann könnte allerdings bei den Einzelnen eine bona fides nicht mehr angenommen werden. Im übrigen gelten hier die Richtlinien, die von den Bischofskonferenzen in Fulda und Freising für die Seelsorge gegenüber glaubensfeindlichen Vereinigungen aufgestellt wurden.

Die Erzbischöfe und Bischöfe von Bayern

[Hier der abgelichtete Schriftsatz](#) des Original-Entwurfs. Wir danken unseren verdeckten PI-Spürnasen im kirchlichen Dienst.



Jerusalem: Moslems attackieren orthodoxe Juden

✘ Wir befinden uns im Jahr 2013 n. Chr. Der ganze Nahe Osten und Teile der übrigen Welt sind von den Arabern besetzt ... Der ganze Nahe Osten? Nein! Ein von unbeugsamen Juden bevölkertes Land hört nicht auf, den arabischen Besatzern Widerstand zu leisten ...

(Von Renate S.)

Leider entspricht dieses Bild nicht in allen Punkten der Realität. Das mit der arabischen Besatzung stimmt. Nicht nur ist Israel eine kleine Insel inmitten eines tobenden Meeres arabischer und islamischer Besatzer, wie ein kurzer Blick auf eine Landkarte zeigt, sondern die arabischen Besatzer machen sich auch auf israelischem Land breit.

Das Verhalten der arabischen Besatzer im folgenden Video erinnert fatal an die Nazis, in diesem Fall an die Hitlerjugend, die für Verhöhnern und Verspotten von als Juden erkennbaren Menschen bekannt war.

Das beunruhigende Video zeigt eine Gruppe von 20 Arabern, die zwei Juden schikanieren und erniedrigen, sie treten und ihnen Schneebälle aus kurzem Abstand ins Gesicht werfen. Zweifach in diesem kurzen 75 Sekunden Video sieht man, wie einer der Juden

ausrutscht und fällt. An anderer Stelle nimmt einer der Angreifer den Hut eines der Opfer weg.

Die Medien in Israel sind offenbar – wie die Medien allgemein – um etwas bemüht, das als politische Korrektheit bezeichnet wird. Das Video wurde nicht im Kanal 1 und 2 des israelischen Fernsehens gezeigt, die nur Ereignisse groß herausbringen, bei denen Juden Araber angreifen und sich gegen diese zur Wehr setzen. Die Webseite von Kanal 10 brachte dies als Teil eines Berichts über 'gewalttätige Schneeschlachten zwischen Juden und Arabern in Jerusalem'.

Der [israelische Knessetabgeordnete Michael Ben-Ari schreibt](#) zu diesem Video: "Das ist nicht das Europa der 30er Jahre. Das ist hier, in Jerusalem, der Hauptstadt Israels. Araber greifen Juden an und demütigen sie, und sie tun dies in der wissenden Zuversicht, dass niemand ihnen Einhalt gebieten wird. Das geschieht nicht nur in Jerusalem. Es zeigt sich, dass wir Juden diejenigen sind, die unter Besatzung sind. In Galiläa, im Negev, in Haifa, Afula wie auch in Tel Aviv."

Also – wenn schon Vergleiche mit der nationalsozialistischen Herrschaft angestellt werden, wie dies bei prominenten Israelkritikern so beliebt ist, dann bitte richtig:

Erstens, wenn jemand Gaza vergleichen will, dann mit dem Hauptquartier der Nazis im besetzten Warschau.

Zweitens, auch der Vergleich der Bewohner Gazas mit verfolgten Ghetto Juden ist eine ganz schlechte Idee. Zum einen, und dies nur nebenbei bemerkt, waren die Ghettojuden niemals an achter Stelle der weltweiten Fettleibigkeit wie die Gaza-Bevölkerung.

Zum anderen sind die Bewohner Gazas, die die Hamas-Judenvernichtungs-Partei wählen, mit NSDAP-Parteimitgliedern und den Stammwählern der Nazis zu vergleichen. Wobei Abbas und seine Fatah zugeben, dasselbe Endziel wie Hamas, nämlich die Vernichtung Israels, zu verfolgen. Und last, but not least,

der Hitlergruß ist bei Hamas wie Fatah lebendig und aktuell.

Drittens, wenn jemand Israel vergleichen will, dann mit einem von Arabern umzingelten und von Arabern besetzten Land, wie ein kurzer Blick auf eine Landkarte nachweist.